

Spiegel-Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 503

Jahrgang 212

Bezugspreis: für blaug und auswärts halbjährlich monatlich M. 2,00, vierteljährlich M. 6,00 frei Haus, Druck die Post bezogen monatlich postal. Belegzahl.
Geschäftliche Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62, Fernruf Central 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5606 und 5610. — Postfachkonto 5019 12.

Morgen-Ausgabe
Sonnabend, 11. Oktober

Anzeigenpreis: Die 1. Sp. 30 mm breit am 2. Spaltenende 20. 4. Die 1. Sp. 90 mm breit am 2. Spaltenende 60. 4. Abon. nach Ort, Erklärungs-Belegzahl.
Geschäftliche Berlin: Bernburger Str. 30, Fernruf Amt Kurfirst Nr. 0290
Elsene Berliner Schriftleitung. — Verlaß und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Neueste Tagesnachrichten

* Der neue Reichsminister des Innern Dr. Koch ließ sich gestern durch seinen Vorgänger Dr. Davids bei den Beamten seiner Residenz einführen.

* Bis zum 9. Oktober sind rund 270 000 Kriegsgefangene heimgeführt.

* Mit dem Seiltransport der gefangenen Deutschen aus Polen wurde begonnen.

* Ein Dekret des italienischen Königs spricht die Wiederherstellung des Friedenszustandes mit Deutschland vom 14. Oktober ab aus.

* In Budapest sind 200 englische und 1500 holländische Soldaten eingetroffen, um den Polizeidienst zu versehen.

* In Washington ist eine deutsche Goldsendung als Währungsstütze auf die von Amerika gelieferten Lebensmittel eingetroffen.

Zur Ratifikation in Italien

(Eigene Drahtmeldung der „S.“)

Mail, 10. Oktober.

Die Rechtsinformation meldet aus Rom: Mit der Ratifikation des Friedensvertrages ist ein Dekret des Königs erlassen, das vom 14. Oktober die Wiederherstellung des Friedenszustandes mit Deutschland auspricht.

„Daily Mail“ berichtet aus Tokio: Der Friedensschluß des japanischen Parlaments hat einstimmig den Friedensvertrag ratifiziert.

Die Friedensdebatte im Senat

Paris, 10. Oktober.

Der Senat trat gestern in die Erörterung der Friedensverträge ein. Bourgeois als Berichtserichter sagte unter anderem, die Senatsmitglieder der Deutschen dürften nicht nur denjenigen der alliierten Länder ablehnend gegenüber sein, sondern müßten sich als viele sein. Die zur Entlassung Deutschlands vorgehenden Maßnahmen müßten sofort in die Tat umgesetzt werden. Clemenceau rief demgegenüber: „Es sind sich hundert französische Schiffe in Berlin, um darüber zu wachen.“ Bourgeois führt dann weiter aus, daß die Alliierten mit England und Amerika für Frankreich Gefahren sehen können, falls diese deutsche Verträge ablehnen. Er fordert, daß die Senatsmitglieder über ein Votum in Stuttgart ins Einvernehmen zu treten. Es besteht für uns die Pflicht, das Einbringen Deutschlands in Stuttgart zu verhindern.

Der Antrag der Rebe wird beschloffen, nachdem noch Demarezel sein Bedauern ausgedrückt hat, daß der Vertrag ein einseitiges Deutschland gäbe.

Bevorzugter Abransport der Polen

Frankreich läßt die deutsch-polnischen Kriegsgefangenen frei.

Berlin, 10. Oktober.

Nach Mitteilungen der polnischen Presse soll der von Frankreich bevorzugte Rücktransport hergeleiteten deutschen Kriegsgefangenen polnischen Stammes, die aus Kriegsgefangenen stammen, zugunsten werden sein. Zeitweilig sind unter den Polen zurückgeleiteten angeblichen polnischen Zivilgefangenen neuerdings auch deutsche Kriegsgefangene polnischen Stammes beobachtet worden, die zweifellos aus besonderem Entgegenkommen der Entente für Polen schon jetzt überlassen worden sind, damit sie an der bevorstehenden Abnahme teilnehmen können. Von der deutschen Regierung wird alles getan werden, um die Ratifizierung der Rückführung der Kriegsgefangenen zu wahren.

Der Kaiser und die Bagdadbahn

Entschuldigungen über Gebräuche.

Wortern, 10. Oktober.

Die Veröffentlichung der Memoren Salomons über die Jahre 1906 bis 1914 sollte in der „Weltminister Gazette“ bereits am 1. Oktober begonnen, mußte aber infolge des Jahreswechsels wegen Verschiebung des Zeitungsumsatzes unterbrochen werden. Am 8. Oktober hat Salomon nun mit der Veröffentlichung begonnen. Salomons berichtet ausführlich die Gebräuche, die er 1906 in Berlin und 1907 in Windsor Castle mit Kaiser Wilhelm beobachtet hat. Von diesen fällt er die zu Windsor Gebräuche aufzuführen für die bedeutsamen.

Der Kaiser brachte dort das Gebräuch auf die Stellung, die durch die Bagdadbahnfrage entstanden sei und fragte, was England als Grundlage für ein Zusammenarbeiten mit Deutschland betrachten würde. In seiner Eigenschaft als Reichsminister erklärte Salomon, daß England einen Seiten wüßte, um Indien gegen die Truppen föhrlauf zu können, die vielleicht mit der neuen Eisenbahn hergeführt werden könnten. „Diesen Dänen werde ich Jüden geben“, erklärte der Kaiser. Das Gebräuch wurde durch das Diner unterbrochen. Salomons will es aber für sehr wichtig, die Unterhaltung fortzu-

leben, und fragte den Kaiser ferner, ob es ihm mit seiner Regierung ernst gemeint sei. Wenn ja, dann würde er dem Minister des Innern Koch davon Mitteilung machen. Am folgenden Morgen klopfte jemand aus dem Gefolge des Kaisers an Salomons Schlafzimmerschleier und teilte dem Minister mit, der Kaiser habe das, was er über den Dänen sagte, durchaus ernst gemeint. Darauf reiste Salomons nach London und hatte eine Unterredung mit Graf. Dieser stellte ein Memorandum auf, das besagte, die englische Regierung wolle die Frage gern besprechen, aber auch Frankreich und Rußland müßten an den Verhandlungen teilnehmen, da auch die Interessen dieser Länder bei der Frage in Betracht kämen. Der Kaiser war der Meinung, daß dies Art, die Frage zu behandeln, große Schwierigkeiten bereiten werde. Spät abends besprach sich der Kaiser mit dem deutschen Kriegsminister und dem Minister des Innern, dem deutschen Volksfører in London und anderen hochgestellten Mitgliedern seines Hofes. Salomons teilte sich dabei mit, daß er die Verhandlungen besuchen wollte. In einer langen und lebhaften Aussprache befaßten einige der deutschen Vertreter den Vorschlag des Kaisers, den Engländern den Dänen zu bewilligen, während Graf Werther dem Einpruch erwiderte, daß Frankreich und Rußland an den Verhandlungen teilnehmen sollten. Nach heftiger Erörterung wurde aber für die Zeit- und die beiden Länder entschieden, worauf der Kaiser an Schön Anweisungen gab, zusammen mit Koch die nötigen Vorbereitungen zu treffen.

Einige Wochen später kam Berlin mit einigen neuen Einwürfen. Die Kommission des Ministeriums beantwortete die Frage der Bagdadbahn als bescheiden, wüßte aber nicht, daß Frankreich und Rußland an den Verhandlungen teilnehmen, da die Konferenzen nach wahrscheinlich ergebnislos verlaufen würden und die Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Mächten und Deutschland dadurch nur noch tiefer getrieben werden würden.

Anfolge dieser Mitteilung der deutschen Regierung wurde aus den Verhandlungen nichts, was Salomons sehr bedauerlich, zumal er glaubte, für die französische Regierung hätte eine befriedigende Lösung der Bagdadbahnfrage die Möglichkeit für ein Friedens- Zusammenkommen der deutsch-französischen europäischen Interessen vorgelegen. Salomons schloß seinen ersten Artikel mit der Erklärung, das Nichteingehen der Verhandlungen sei dem Fürsten Bialow zuguschrieben.

Der neue Reichsminister des Innern

Berlin, 10. Oktober.

Der neue Reichsminister des Innern, Koch, ließ heute die Kommittees des Ministeriums vorstellen. Minister Davids war der Geistes Herr erschienen und verabschiedete sich in einer Rede, in der er die politische Notwendigkeit des Wechsels im Ministerium darlegte und der Beamtenkörper für die neue Mitarbeit dankte, sowie dem Kaiser seine Tätigkeit zum Wohle des Vaterlandes wünschte. Unterstaatssekretär Gumbel begrüßte den neuen Minister namens der Beamtenkörper und hob die reichen Erfahrungen des Ministers in seiner bisherigen Tätigkeit als Oberbürgermeister hervor und gab insbesondere dem Kaiser die Versicherung, daß dem neuen Leiter des Reichsministeriums eine Zeit lang, fernstehender Hinweis beizubehalten sein möge. Minister Koch dankte den beiden Herren, würdigte die Tätigkeit und Persönlichkeit seines Vorgängers in warmen Worten und wies auf die schwere Aufgabe hin, die dem deutschen Volk im kommenden Winter die wirtschaftliche Lage des Vaterlandes aufzulegen, gegen guten alten Lebenserfahrung, aber zugleich im Sinne der neuen Zeit an den Aufgaben des Amtes mitzuwirken. Er schloß seine Rede mit der Versicherung, zu jedem feinen Beamten ein gutes und vertrauensvolles Verhältnis herzustellen.

Der Metallarbeiterstreik

(Von unserem hi-Sonderberichterstatter.)

Berlin, 10. Oktober.

Von der Streikleitung des Metallarbeiterverbandes wird mitgeteilt: Die streikenden Metallarbeiter traten am heutigen Morgen zu einer Sitzung zusammen, die einen für michigen Verlauf nahm und in der die Verschiebung der Metallarbeiter in einer schärferen Stellung unterzogen wurde. Es wurde allgemein Wunsch geäußert, den Streik zu verschärfen und die Forderungen an nachdrücklicherem Gegeben zu geben. Die hierzu folgende Sitzung der erweiterten Streikleitung (über Kommission und der Wunsch der gewerkschaftlichen Kommissionen befristeten einmütigen, den Kampf zu verschärfen und an dem Versuch des Geizers und Metallisten die Aufforderung entgegen zu lassen, mit in den Kampf einzutreten. Der Zentralverband der Metallisten und Geizer fordert nunmehr seine Mitglieder auf, sich dem Kampfe anzuschließen. Dieser Wunsch bedeutet die Sperrung der Kraft- und Lichtquellen für Groß-Berlin.

Der Vorstand des Metallindustriellen-Verbandes hat zu morgen vormittag eine Besprechung seiner Mitglieder einberufen, um über den Vermittlungsvorschlag des Ministers Bescheid zu fassen. Dem Vernehmen nach sind auch die Arbeiter bereit, die Sperrung des Reichsberbeiters anzunehmen.

Die Berliner Nachrichtenstelle meldet, sind die Beziehungen zwischen Kommunisten und Unabgängigen — was wahrscheinlich schon in den Betriebsversammlungen aufge- trat — so groß geworden, daß die kommunistische Partei in der Bewegung ihre Anhänger davon abgibt, für die Streikleitung zu geben.

„Französische Sorge um deutsche Abrüstung“

(vgl. „Vollstimm“ vom 8. Oktober Nr. 231)

Wenn es richtig ist — und der kann es nach den Erlebnissen seit der Reichstagsauflösung vom Juli 1917 bestreiten —, daß die Deutschen ein politisch gänzlich unbegabter Volk sind, dann ist unter den Parteien nach dem Demokraten die alte sozialdemokratische Partei sicher die am allermeisten unbegabte. Die „Vollstimm“ führt denn auch in einem Aufsatz, der obigen Namen trägt, einen Vergleich an, wie wir ihn früher von den linksliberalen nie schöner getan haben. Das Ende ist: Resignation.

Stolz auf die Zeitung, die „die deutsche Republik an Demokratie und sozialvolkswirtschaftlich Fortschritt“ erreicht hat, verlangt sie von ihren französischen Genossen gleiche Gerichtigkeit. Da die Genossen jenseits der Bogen aber keineswegs so töricht sind wie die Deutschen, was sie durch ihre Zustimmung zu einer Resolution erwiesen haben, in der der radikalste und vollständigste Entlassung Deutschlands gefordert wurde, so fällt ihnen ein, daß sie sich nicht so leicht erblenden lassen. Sie lassen sich lieber über die französischen Kollegen und „versteht und versteht alles“, abt und nicht den Zusammenhang. Vielmehr sucht sie nach einer Erklärung, die sie ihren Gläubigen aufzeigen kann und findet sie in dem Bewußtsein der Schwäche der französischen Kammerfraktion und der von ihr vertretenen Partei, erklärt die Zustimmung zur Resolution „aus dem Gegenüber zwischen weitabfallender Anknüpfung und (der) Kraft auf wirklich existierendem Fund, bei der französische Bewegung schon seit langem ausgesprochen hat.“ Die „Vollstimm“ sieht dabei auch noch ganz brav den Sachverhalt im Gesicht. Sie sagt sehr richtig von der Abrüstung: „... aber niemals haben wir sie uns vorgenommen, daß der besiegte Staat seine letzte Patrone herausgeben muß, während die Siegerstaaten bis an die Zähne bewaffnet dastehen.“ Sie findet schließlich, daß der Weg zum Ziele, nämlich zum Dauerfrieden auf dem Boden internationaler Gerechtigkeit, noch recht weit ist, und diese Erkenntnis ist ihr unlieb.

Wir bedauern lebhaft, daß der „Vollstimm“ diese Erkenntnis erst jetzt gekommen ist, beglückwünschen sie indes dazu. Wir sind der Meinung, daß wir unseren nicht erleben werden, daß jeder Weg zu Ende beschritten und das Ziel erreicht wird. Wer nicht in politischen Dingen mit Blindheit geschlagen war, der wußte schon lange, daß die Idee jenes Dauerfriedens, nach dem die Grundidee internationaler Gerechtigkeit, nie erreicht wird. Die Welt ist bekanntlich höchst ungerichtet. Der Kampf aber gegen alle uns Dialekt ist das Thema der Weltgeschichte (vergl. Wälsch).

Wenn aber, wovon wir überzeugt sind, die erwähnte Erkenntnis, so der nun auch die „Vollstimm“ endlich kam, richtig ist, so folgt daraus, daß die französische sozialistische Kammerfraktion ihre Pflicht gegen ihre patrie Frankreich getan hat. Sie hat die patrie über die partie gelöst, das Alter a über die Partei, sich also nicht mit Idealen, die noch nicht zu verwirklichen sind, lange auf gehalten, und hat damit wirklich den Willen erklärt, die Umformung Frankreichs aus einer — angeblich — demokratischen Republik in eine sozialdemokratische als eine Angelegenheit Frankreichs betrachten zu wollen. Dabei war es ihr ganz gleichgültig, was die deutschen Genossen dazu lagen würden. Wenn ihr Führer Marcel Cachin dabei erklärt hat, seine Parteifreunde verstanden die Resolution anders, denn sie wollten auch die Abrüstung zugleich Frankreich, so erkennt man dabei, daß auch in dem französischen Genossen der Sinn für das Gerechtigere noch geblieben ist, — im Gegensatz zu unseren Sozialdemokraten. Wir haben Anlaß, den französisch gerichteten Sinn der Franzosen und seinen Inhalt für politische — Unmöglichkeit zu bewundern.

Unsere deutschen Genossen geht er, der entsprechende deutsche Sinn, gänzlich ab. Für sie folgt aus ihrer Erkenntnis nämlich — nicht. Für sie war der Friedensvertrag lediglich ein Spielzeug, das ihre Hoffnungen aber nicht erfüllte. Dabei ist in Wirklichkeit jeder einzelne Paragraph des Vertrages ein Keulen-Raden-ideal für die unbefriedigten Realisten.

Nachdem sie aber nunmehr recht spät vom Baum der Erkenntnis geschüttelt haben, folgt ferner — wenigstens für uns —, welches unüberbrückbare Verbrechen die Sozialdemokratie jeder Abrüstung auf sich geladen hat, als sie das Meer von rückwärts erdachte, und dann noch so politisch töricht war, die Resolution in einem Augenblicke zu aufstellen, als wir noch einen unter Vaterland überließ weniger bemitleidenden, unsere Kinder und Enkel weniger hart belastenden Frieden bekommen konnten. Die Schuld der alten Regierung (Weltmann), die ja schon seit langem (f. Tripitz) keine sozialistische, keine preussische Regierung war, und die wir keineswegs mit dem hier über angebrachten Mangel der Liebe bedauern möchten, wollen wir als hier nicht zur Sache addieren übergeben. Deshalb muß an der Hand dieses — im übrigen nur als Symptom bemerkenswerten — Artikels der „Voll-

